

**Antrag**

Hannover, den 24.09.2020

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Moria mahnt: Geflüchtete aufnehmen und Lager auflösen**

Der Landtag wolle beschließen:

## Entschließung

Durch den Brand und die komplette Zerstörung des Flüchtlingslagers Moria auf Lesbos wurden 13 000 Geflüchtete obdachlos. Das Lager war seit Jahren um ein Vielfaches überfüllt. In Moria herrschten katastrophale hygienische Zustände. Die medizinische Versorgung und die Betreuung von Kindern waren schlecht, Kinderschutzstandards wurden missachtet. Leider ist das Lager kein Einzelfall. Auf anderen griechischen Inseln wie Samos, Kos, Leros und Chrios leben über 25 000 Geflüchtete in Lagern, wo nur Platz für maximal 8 000 Menschen ist. Auch in Lagern auf Malta, in Bosnien-Herzegowina und anderen an den EU-Außengrenzen ist die Einhaltung von Mindeststandards nicht gewährleistet. Die Corona-Pandemie erschwert die Situation in den Lagern zusätzlich.

Fortschritte bei der Einrichtung eines europäischen Verteilungssystems gibt es nicht. Bundesinnenminister Seehofer blockiert das Aufnahmeengagement der Länder. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft hat keine Fortschritte bewirkt. Bisher unterstützungsbereite EU-Mitgliedstaaten ziehen sich zurück. Selbst Bundeskanzlerin Merkel konstatiert: „Wir können nicht zufrieden sein mit einer europäischen Flüchtlingspolitik. Die gibt es so heute nicht.“ Akute Not von Geflüchteten in der EU wird so nicht gelindert, sondern teils verschlimmert.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Geflüchteten auf Lesbos und den anderen ostgriechischen Inseln Samos, Kos, Leros und Chrios umgehend in Deutschland aufgenommen werden, soweit diese nicht umgehend von anderen Staaten aufgenommen werden,
2. sich auf EU-Ebene für eine Koalition der Willigen einzusetzen und mit dieser umgehend ein europäisches Verteilungssystem einzurichten, das die Interessen und bestehenden sozialen Kontakte der Geflüchteten berücksichtigt, sodass die Hotspot-Lager noch in diesem Jahr geschlossen werden können,
3. internationale Partnerschaften Niedersachsens zu nutzen, um mit ihnen in den Dialog über die Aufnahme Geflüchteter einzutreten und auch andere Bundesländer und niedersächsische Kommunen zur Nutzung solcher Partnerschaften zu motivieren.

## Begründung

Die Grundwerte der EU sind in Gefahr, wenn Menschenrechte missachtet werden. Das geschieht seit Jahren an den Außengrenzen und in den Flüchtlingshotspots. Außer wohlfeilen Forderungen gibt es keine Fortschritte bei der Einrichtung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems. Bundesinnenminister Seehofer blockiert Aufnahmeprogramme der Bundesländer, und die CDU in Niedersachsen versteckt sich hinter diesem Ablenkungsmanöver „europäische Lösung“.

Alle politischen Akteure, EU, Bund, Bundesländer und Kommunen müssen endlich handeln, denn Europa verliert seine Glaubwürdigkeit hinsichtlich seiner humanitären Grundwerte.

Helge Limburg

Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 25.09.2020)